

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die Sitzungswoche des Hessischen Landtags hat vor allem eines deutlich gemacht: Schwarzgrün ist nicht gemacht, um in schweren Zeiten große Herausforderungen zu bewältigen. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Landesregierung liegt ein tiefer Graben.

Zum Beispiel Bildung: Wie geht es weiter in den Schulen, wenn die Infektionszahlen steigen? Der Schulminister von der CDU zaudert und zögert, statt klare Antworten zu geben und den Schulen klare Vorgaben für den Unterricht in Zeiten der Pandemie zu geben. Trotzdem sagt der Schulminister, er habe alles im Griff.

Zum Beispiel Finanzen: Der CDU-Finanzminister legt einen Haushaltsentwurf für 2021 vor, der keine Schwerpunkte setzt und sich in Teilen

aus dem verfassungswidrigen, zu 100 Prozent aus Schulden finanzierten „Sondervermögen“ speist. Trotzdem behauptet der Finanzminister, die Schuldenbremse einzuhalten.

Zum Beispiel Verkehr: Während der Verkehrsminister von den Grünen jeden einzelnen Radweg als großen Erfolg vermarktet, bleibt er ein umfassendes Verkehrskonzept für unser Land schuldig. Das wollen wir nun beenden, und zwar mit der Einsetzung einer Enquetekommission beim Landtag. Diese Kommission soll mit Hilfe von Experten erarbeiten, was schon lange benötigt wird: Ein integriertes Konzept für die Mobilität in Hessen 2030.

Ihre Nancy Faeser

GANG VOR DEN STAATSGERICHTSHOF UNUMGÄNGLICH

SCHATTENHAUSHALT VERFASSUNGSWIDRIG



SPD und Freie Demokraten im Hessischen Landtag haben ihren Normenkontrollantrag gegen das so genannte „Corona-Sondervermögen“ der Landesregierung beim Staatsgerichtshof des Landes Hessen eingereicht. Der Schattenhaushalt besteht aus zwölf Milliarden Euro und speist sich vollständig aus neuen Krediten für das Land. Das Geld soll der Landesregierung

bis Ende 2023 zur Verfügung stehen und nach deren Aussage eingesetzt werden, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu mildern. Sowohl inhaltlich als auch in seinem Zustandekommen sei dieser Schattenhaushalt verfassungswidrig, so die Feststellung des Staats- und Verfassungsrechtlers Prof. Dr.

Christoph Gröpl von der Universität des Saarlandes, den die Landtagsfraktionen von SPD und FDP mit einer rechtlichen Beurteilung und mit der Ausarbeitung des Normenkontrollantrags beauftragt hatten. Das Gesetz über das „Sondervermögen“ selbst, aber auch die Gesetzesänderungen zur Schuldenbremse, die Schwarzgrün zuvor vorgenommen hatte,

verstießen gegen gleich mehrere Artikel der Hessischen Landesverfassung, so Prof. Dr. Gröpl. Die SPD-Fraktionsvorsitzende Nancy Faeser nannte die Normenkontrollklage ihrer Fraktion vor diesem Hintergrund „folgerichtig“. Sie sagte: „Schwarzgrün hat nicht nur einen riesigen Schattenhaushalt eingerichtet, aus dem sich die Landesregierung bis 2023 mit zwölf Milliarden Euro bedienen kann, ohne dass eine ordentliche jährliche Ausgabenkontrolle durch das Parlament gewährleistet ist. CDU und Grüne haben auch die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse ihrer Funktion beraubt. Wer in dieser Form Politik mit der Brechstange macht, muss damit rechnen, dass er Gegenwind bekommt – politisch und juristisch.“

STATIONÄRE VERSORGUNG SICHERSTELLEN

In der Covid-19-Pandemie zeigt sich einmal mehr, wie wichtig eine gute medizinische Infrastruktur ist, so die pflege- und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dr. Daniela Sommer. „Unser Dank und unsere Anerkennung gebühren den Krankenhäusern und allen im Gesundheits- und Pflegebereich tätigen Menschen, die die gesundheitliche Daseinsvorsorge aufrechterhalten und die Herausforderungen der Pandemie mit vorbildlichem Engagement auch in der zweiten Welle meistern“, sagte Sommer in der Plenardebatte zur stationären medizinischen Versorgung in Hessen. Sie forderte von der Landesregierung, die Beschäf-

tigten im Gesundheitswesen zu stärken und zu stützen: „Wenn Sie die stationäre Versorgung sichern und stärken wollen, schützen und unterstützen Sie die Beschäftigten.“ Dazu brauche es auch eine umfassende Teststrategie für alle in der Krankenversorgung tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – zu ihrem Schutz und zu dem der Patientinnen und Patienten. „Jetzt die Personaluntergrenze insbesondere in der Intensivpflege zu kappen, wäre fatal“, warnte Sommer, „denn gerade dort brauchen wir momentan jede Unterstützung.“ Um die Kapazitäten zu erhöhen, könnten andere Bereiche wie die Reha-Kliniken miteinbezogen wer-



den. Sie vermisse konkrete Vorkehrungen der Landesregierung, um die stationäre Versorgung sicherzustellen. Bislang hätten Kliniken und Beschäftigte keine ausreichende Unterstützung erfahren – angefangen von nicht ausreichend verfügbaren Schutzmaterialien zu Beginn der Pandemie bis zur kaum stattfindenden Personalüberlassung sowie einer nicht bedarfsorientierten Investitionsförderung.

AKTUELLE STUNDEN KURZ UND KNAPP

RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN



In der Aktuellen Stunde der SPD-Fraktion hat der Landtag über das Problem der Verharmlosung des Rechtsextremismus in Staat und Gesellschaft debattiert. Anlass waren relativierende Äußerungen von Landespolizeipräsident Roland Ullmann, wonach es sich bei rechtsextremistischen Entgleisungen von Polizeibeamten in internen Chatgruppen teilweise nur um „Dummheiten im Umgang mit Sozialen Medien“ gehandelt habe. „Wenn der Landespolizeipräsident rechtsextreme Umtriebe unter Polizeibeamten als ‚Dummheiten‘ relativiert und bagatellisiert, dann darf das nicht unwidersprochen bleiben“, erklärte Günther Rudolph. „Vor allem der Innenminister wäre in der Pflicht, diese Einordnung richtigzustellen. Aber der Innenminister lässt das so stehen. Und auch von den Grünen hätte man Widerspruch erwarten müssen“, so Rudolph. Diese beteiligten sich durch ihr Schweigen an der gefährlichen Strategie der Verharmlosung und Relativierung, die der CDU-Innenminister schon immer verfolge. „Statt anzuerkennen, dass es in Teilen der hessischen Polizei offensichtlich ein Problem mit

rechtem Gedankengut gibt, wird jedes Glied in einer Kette von Vorfällen zum Einzelfall erklärt. Das ist verantwortungslos und unehrlich“, kritisierte Rudolph. Die politischen Verantwortlichen müssten endlich dafür sorgen, dass die bisher bekannt gewordenen Vorfälle aufgeklärt und konsequent geahndet würden.

WEITERBAU A49



„Mit dem Lückenabschluss der A49 erfolgt der Abschluss eines wichtigen, eines notwendigen und eines demokratisch und rechtlich legitimierten Infrastrukturprojekts“, erklärte Tobias Eckert in der Aktuellen Stunde zum Weiterbau der A49. Im Rahmen der Verfassungsordnung sei es richtig, wenn Widerspruch dazu öffentlich kundgetan werde. Was sich im Dannenröder Forst abspiele, sei aber nicht richtig und legitim, sondern gefährlich. „Gewalt und gewalttätige Eskalationen dürfen kein Mittel der demokratischen Willensbildung sein – Gewalt ist kein Mittel der Politik“, so Eckert. Er kritisierte Verkehrsminister Al-Wazir (Grüne), weil dieser den Eindruck erwecke, dass es noch immer Möglichkeiten gebe, die A49 zu verhindern, obwohl dem nicht so sei. „Das schafft vor allem eines, nämlich ein Problem für das Vertrauen in demokratisch legitimierte politische Prozesse. Damit sorgt der Verkehrsminister für einen Vertrauensverlust der Bevölkerung in die repräsentative Demokratie“, so Eckert.

SCHWARZGRÜNER ZICKZACK-KURS



Christoph Degen hat in der Aktuellen Stunde zur Schulpolitik die wachsweiße Haltung des hessischen Kultusministers kritisiert. „In der Krise zeigt sich, dass Schwarzgrün alles andere als krisenfest regiert. Statt klarer Ansagen und präziser Entscheidungen zögert und zaudert Lorz und lässt sich von seinen Kabinettskollegen am Gängelband durch die Manege treiben. Wenn er mal konkret entscheiden will, schießt Ministerpräsident Bouffier quer und boykottiert den Stufenplan. Der Zickzack-Kurs ist ein Trauerspiel, das den Schülerinnen und Schülern und der Bildung in diesem Land schadet“, so Degen. Alles, was sich momentan im Schulwesen bewege, komme nur auf Druck zustande. Lehrergewerkschaften, Schülervertretungen und Elternverbände müssten offene Briefe schreiben, um Gehör zu finden. Trotzdem würden die Forderungen als unnötig abgetan und Anträge der Opposition, die sich mit den Forderungen deckten, von den Regierungsfractionen im Kulturpolitischen Ausschuss regelmäßig abgebügelt. „Wir halten das vorgeschlagene Wechselmodell für wichtig, um präventiv mit einem strukturierten Wechsel längere Abwesenheiten der Schülerinnen und Schüler zu vermeiden, um alle zu erreichen und niemanden zurücklassen. Der Stufenplan muss jetzt konsequent umgesetzt werden, anstatt ihn weiter zu boykottieren“, so Degen.

MOBILITÄT DER ZUKUNFT GEMEINSAM PLANEN

ENQUETEKOMMISSION

Der Hessische Landtag wird auf Antrag von SPD und Freien Demokraten eine Enquetekommission zur Mobilität in Hessen einsetzen. Die Kommission soll in den kommenden zwei Jahren ein integriertes Konzept für die Mobilität in Hessen im Jahr 2030 erarbeiten. Nancy Faeser erklärte in der Plenardebatte, dass die Einsetzung der Enquete erforderlich sei, weil sich die Landesregierung einer zukunftsgerichteten Verkehrs- und Mobilitätsplanung für Hessen standhaft verweigere. „Seit der Gründung der Verkehrsverbünde für den ÖPNV vor 25 Jahren hat es in unserem Land keine wirklich wegweisende verkehrspolitische Entscheidung mehr gegeben“, sagte Faeser, „und die



Verkehrsverbünde waren ein Projekt der SPD.“ Die SPD wolle mit der Enquetekommission an die Zeit anknüpfen, in der Hessen Vorreiter war, wenn es um die Lösung verkehrspolitischer Fragen ging. „Mobilität ist für Hessen essentiell, denn unser Land liegt in der Mitte Deutschlands und Europas. Deswegen geht ein Großteil des innerdeutschen und europäischen Verkehrs durch Hessen. Und deswegen haben wir die Pflicht, einen Plan dafür zu entwickeln, wie in Zukunft Menschen und Dinge von A nach B kommen. So einen Plan schulden wir den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen, die auf funktionierende Logistikketten angewiesen sind“, sagte Faeser.

LANDESETAT 2021

„Wir erleben eine Haushaltsdebatte, die mit den Debatten der vergangenen Jahre nicht mehr viel gemein hat“, erklärte der finanzpolitische Sprecher Marius Weiß in der ersten Beratung des Landesetats 2021. CDU und Grüne trügen die alleinige Verantwortung, dass man ein Zahlenwerk vorfinden, in dem nicht mehr alle wichtigen Maßnahmen abgebildet würden und über das nicht mehr lebhaft debattiert werde. „Das Zauberwort für alle wichtigen Maßnahmen und für die Verschiebung dringend benötigter Finanzmittel für schwarzgrüne Herzensprojekte heißt Schattenhaushalt. Der ist ein finanzieller Superspreader, der die Bedeutung des Kernhaushalts und damit auch der Kernkompetenz dieses Parlaments marginalisiert hat. Dieser maßlose Schattenhaushalt, CDU und Grüne nennen ihn liebevoll Sondervermögen, der zu einhundert Prozent aus Schulden finanziert ist, ist so weit von dem Begriff ‚Vermögen‘ entfernt, wie Donald Trump vom Wahlsieg bei den US-Präsidentschaftswahlen“, kritisierte Weiß. Er vermisse beim Etatentwurf den Blick für die Zukunft des Landes. Der Schattenhaushalt sei der Kitt der Koalition, das Band, das Schwarze und Grüne zusammenhalte. „Die Nachhaltigkeit dieser Haushaltspolitik endet abrupt im Jahr 2024“, kritisierte Weiß. Die notwendige Konsolidierung des Landeshaushalts überlasse Schwarzgrün der nachfolgenden Landesregierung.



ECHTE PARLAMENTS BETEILIGUNG ERFORDERLICH

SPD-GESETZENTWURF

SONDERSITZUNG IM LANDTAG:

Je größer die Grundrechtseingriffe, desto stärker muss das Parlament beteligt werden.



Mit einem eigenen Gesetzentwurf haben sich SPD und Freie Demokraten für mehr Beteiligung des Parlaments beim Erlass von Infektionsschutzmaßnahmen in der Corona-Pandemie eingesetzt. Weil die Einschränkungen des Alltags-

lebens durch die Infektionsschutzmaßnahmen derzeit unbestreitbar notwendig seien, aber eben auch tiefe Eingriffe vornehmen würden, bräuchten diese eine größere demokratische Legitimation, so Nancy Faeser. „Und die kann ihr nur der Gesetzgeber verleihen, also das Parlament mit seinen frei gewählten Abgeordneten. Keine Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin kann eine Entscheidung des Parlaments. Deswegen dringen wir darauf, dass alle einschränkenden Regelungen vom Parlament diskutiert und gebilligt werden“, machte Faeser deutlich.

OBDACHLOSIGKEIT WIRKUNGSVOLL BEKÄMPFEN

„Obdachlosigkeit ist ein existenzielles Problem für die Betroffenen. Es ist aber auch eine offene Wunde der Sozialpolitik in Deutschland. Obdach- und Wohnungslosigkeit sind in den meisten Fällen ein Symptom, hinter dem tiefere Probleme stecken, etwa Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Suchterkrankungen oder zerbrochene Partnerschaften. Die Hilfsangebote des Sozialstaats müssen genauso vielfältig sein wie diese Problemlagen“, hat die sozialpolitische Sprecherin Lisa Gnadl die Landesregierung zum Handeln aufgefordert. Auf Bundesebene habe die große Koalition insbesondere auf Drängen der SPD mehrere Maßnahmen ergriffen, um Wohnungs- und Obdachlosigkeit vorzubeugen. Nun müs-



se auch das Land die eigenen Maßnahmen gegen Wohnungs- und Obdachlosigkeit intensivieren. „Als Grundlage brauchen wir mehr und bessere Informationen“, so Gnadl. Zudem müsse auch das Land mehr Mittel bereitstellen, um den sozialen Wohnungsbau auszuweiten. Neben diesen Investitionen brauche es dringend flankierende Maßnahmen, um die Wohnungsnot und die steigenden Mietkosten einzudämmen. Außerdem benötige Hessen ein flächendeckendes Netz von Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und zur Unterstützung der Betroffenen. „In diesen Fachstellen sollten alle Hilfs- und Unterstützungsangebote unter einem Dach gebündelt werden“, forderte Gnadl.

BÜRGERBEAUFTRAGTER

In Zweiter Lesung hat der Hessische Landtag über den SPD-Gesetzesvorschlag für einen Bürgerbeauftragten des Landes Hessen und einen Landesbeauftragten für die hessische Polizei beraten. In der Aussprache machte Günter Rudolph deutlich, dass mit der Einrichtung einer solchen Stelle den Bürgerinnen und Bürgern endlich die Möglichkeit gegeben werden könnte, sich bei Problemen mit hessischen Behörden und Dienststellen an eine unabhängige Instanz zu wenden. „Die hierzu durchgeführte Anhörung hat bewiesen, dass ein solcher Bürgerbeauftragter dringend notwendig ist“, sagte Rudolph. Gleichzeitig sehe der Gesetzesvorschlag auch die Einrichtung eines Landesbeauftragten für die Hessische Polizei vor. „Diese Stelle halten wir für dringend notwendig, damit sich Beschäftigte außerhalb der hessischen Polizeistrukturen aber auch Bürger an diese Person wenden können. Das bisherige Konstrukt, eine solche Stelle innerhalb der Behördenhierarchie des Innenministeriums anzusiedeln, ist völlig falsch“, machte Rudolph deutlich.



ALTENPFLEGE STÄRKEN

Daniela Sommer hat erneut die Landesregierung für ihr mangelndes Engagement im Bereich der Personalgewinnung für die Gesundheitseinrichtungen kritisiert. „Eine bedarfsgerechte Personalbemessung durch eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege kann sich langfristig positiv auf die Verweildauer der Beschäftigten auswirken“, sagte Sommer. Aus



verbesserten Arbeits- und Versorgungsprozessen, optimierten Arbeits- und Rahmenbedingungen und einer höheren Arbeitszufriedenheit resultiere eine verbesserte Pflege- und Versorgungsqualität, als sie aktuell mit der vorhandenen Personalausstattung realisierbar sei. Deswegen sei es völlig unverständlich, dass die Landesregierung nicht tätig werde, um das Personal zu stärken.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Martina Häußl-David,
Luisa Neurath